

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 17. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 22. Januar 2014
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 20.50 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Andreas Bammatter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Christoph Morat, Vizepräsident
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff (Entschuldigt)

Gemeindeverwaltung: Gertrud Schaub, Gemeindeverwalterin a.i.
Nils Wicki, Rechtsdienst/Volontär

Gäste:

Entschuldigt: Claude Duperrex, Markus Gruber, Beatrice Hecklin, Philippe
Hofmann, Patrick Kneubühler, Jacqueline Missling, Kurt Kneier,
Niklaus Morat

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 31 Anwesende = 21
19.00 Uhr, 32 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 19.12.2013, betreffend
Einsetzen und Wahl einer Spezialkommission „Generelle Leistungsüberprüfung“
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4165
 2. Interpellation von Franz Vogt, CVP-Fraktion, vom 10.12.2012, betreffend
Sanierung Baslerstrasse
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4109 / A
-

3. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 27.02.2013, betreffend
Erneuerung und Umgestaltung Baslerstrasse
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4129
4. Postulat von Stephan Wolf, Philippe Hofmann, Kurt Kneier, Evelyne Roth,
Peter Brack, Philippe Adam, Rolf Adam und Franz Vogt, CVP-Fraktion,
vom 24.04.2013, betreffend **Umgestaltung Baslerstrasse**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4138
5. Bericht des Gemeinderates vom 04.12.2013, zum Postulat
von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 24.03.2009,
betreffend **Solardächer für Allschwil - jetzt!** Geschäft 3848 / A
und
Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion,
vom 21.11.2012, betreffend **Geschäft 3848 – Solardächer Allschwil jetzt!**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4105 / A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 17 vom 22. Januar 2014

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Andreas Bammatter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Andreas Bammatter, Präsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen speziellen Sitzung herzlich, auch die Damen und Herren im Publikum. Sie wurden schon lange dazu eingeladen.

Jürg Vogt, 1. Vizepräsident: Nur kurz etwas zur Orientierung zum Ablauf von heute Abend, so wie wir das im Büro besprochen haben. Wir möchten die Sitzung um 20.00 Uhr beschliessen. Anschliessend möchten wir weiterfahren mit einer Begrüssung, einer kurzen Rede und dann zum Buffet übergehen. Ich bitte die Einwohnerräte, sitzen zu bleiben und zuzuhören. Nachher können wir uns dann bewegen und mit den Leuten reden.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Andreas Bammatter, Präsident: Wie Sie alle gehört haben, haben wir heute Abend Matthias Häuptli neu bei uns. Ich heisse ihn herzlich willkommen. Er ist hier, weil Lukas Mussler per Ende Jahr per sofort den Austritt gegeben hat. Ich meine, alle haben eine Mail erhalten. Er tritt zurück, weil er beruflich und feuerwehrmässig stark engagiert ist und somit ein Mandat abgeben musste. Er hat gesagt, dass er das, was er macht, lieber richtig machen möchte, darum ist er zurückgetreten. Herr Häuptli, herzlich willkommen bei uns und gutes Gelingen.

Wir kommen zu den Vorstössen. Wir haben eine Motion betreffend Transparenz bei Vergütungen und Nebeneinkünften des Gemeinderates von den Grünliberalen. Wir haben ein dringliches Postulat, Ersatzparkplätze für wegfahrende Parkplätze an der Baslerstrasse von der FDP-Fraktion. Wir unterhalten uns zuerst über die beiden Dringlichkeiten und stimmen dann ab. Wir nehmen zuerst die Motion.

Nicole Nüssli, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Dringlichkeit der Motion betreffend Transparenz nicht gegeben ist. Wir haben in Allschwil ein Entschädigungsreglement und wir haben die entsprechende Verordnung dazu. Es ist in beiden gesetzlichen Grundlagen klar geregelt, wie hoch die Entschädigung von jedem einzelnen Gemeinderat ist und wie hoch allfällige Spesenauszahlungen oder allfällige Sitzungsgelder sind. Das ist alles im Reglement geregelt. Es ist klar in dem Reglement, dass die Tätigkeit des Gemeinderates ein Nebenamt ist. Deshalb liegt eine ganz andere Situation vor als beim Regierungsrat. In diesem Sinne ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Dringlichkeit nicht gegeben und abzulehnen ist. Falls die Dringlichkeit bejaht wird, kann ich noch weitere Ausführungen machen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir bejahen natürlich die Dringlichkeit und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir möchten, dass es bereits in der Rechnung 2013 eingeführt wird. Es ist ein sehr einfacher Antrag, der braucht nicht viel Aufwand, sondern kann einfach umgesetzt werden. Wenn wir den annehmen, dann könnten wir ihn bereits in drei Monaten in der Rechnung 2013 wiederfinden. Aus aktuellem Anlass betreffend der möglichen Missbräuche, die es in Baselland und Basel-Stadt gegeben hat, wäre Transparenz angesagt. Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber unserem Gemeinderat, aber wir möchten dies jetzt einfach umsetzen, darum die Dringlichkeit.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte kurz etwas zur Dringlichkeit sagen. Ich bin persönlich der Meinung, dass dringliche Angelegenheiten für Fälle vorbehalten werden soll, welche wirklich dringlich sind. Das ist ähnlich wie bei einem Zivilprozess die superprovisorische Verfügung, wo es fünf vor zwölf ist und man sofort handeln muss. Ich finde, man kann diese Motion diskutieren im Einwohnerrat, das ist legitim. Aber das muss im Rahmen des ordentlichen Verfahrens passieren und nicht auf dem Weg der dringlichen Motion. Wenn die Motionäre so viel Wert darauf legen, dass in der Rechnung 2013 diese Angaben geliefert werden, dann hätte diese Motion früher eingereicht werden müssen. Die CVP-Fraktion lehnt darum die Dringlichkeit ab.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich schliesse mich diesem Votum an, nicht im Namen der Fraktion, weil wir dies nicht besprechen konnten. Eine Dringlichkeit ist gegeben, wenn im Sinne eines Misstrauensvotums dringlicher Handlungsbedarf wäre, und den sehe ich nicht.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich sehe die Dringlichkeit gegeben. Die Problematik kam jetzt auf kantonaler Ebene in verschiedenen Kantonen zum Vorschein. Ich finde es wichtig, dass wir im Einwohnerrat wissen, welche Auswirkungen unser Reglement hat und dass wir dies auf den nächsten Jahresabschluss präsentiert erhalten.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir von der SP-Fraktion sind auch ein bisschen überrascht. Wir sind nicht überrascht über den Inhalt, aber über die Dringlichkeit. Ich sehe die Dringlichkeit nicht gegeben.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

://:

Die Dringlichkeit wird mit 24 Nein,- 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Wir kommen zum dringlichen Postulat Ersatzfahrplätze von der FDP.

Robert Vogt, Gemeinderat: Die Erneuerung der Baslerstrasse ist ein kantonales Projekt, welches im 2015 starten soll und dann ungefähr vier Jahre dauert. Bei diesem dringlichen Postulat geht es darum, dass wir links und rechts der Baslerstrasse, also auf Gemeindeareal, diese Parkplätze suchen und finden. Der Gemeinderat hält dieses Postulat darum für nicht dringlich. Ich möchte Ihnen aber jetzt schon ankündigen, wenn Sie es denn zur Annahme bringen, dass wir es freiwillig entgegennehmen werden, aber nicht dringlich.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir haben dieses Postulat dringlich eingegeben, weil heute Abend das Thema Baslerstrasse mit allen Vorstössen zur Debatte kommt. Dieses Postulat ist aus unserer Vorbereitung zum Postulat der CVP entstanden, wo die Parkplatzproblematik bereits angesprochen wurde. Es geht darum, dass wichtige Parkplätze für das Gewerbe wegfallen werden, und dies nicht erst am Schluss der Sanierung. Wenn die Sanierung 2015 anfängt, dann werden im ersten Bauabschnitt Plätze wegfallen. Dieses Postulat ist ein Prüfen von Varianten und eine Präsentation der Ergebnisse im Einwohnerrat. Wir sollten die Ersatzparkplätze zeitnah schaffen.

Andreas Bammatter, Präsident: Frau Gürtler, mir ist zu Ohren gekommen, dass Sie es eingereicht haben mit der Dringlichkeit, wenn wir die anderen Traktanden zur Baslerstrasse machen, damit wir das verknüpfen und nicht auseinandernehmen müssen. Wir haben jetzt eine Handvoll Baslerstrasse-Vorstösse. Ist das richtig?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ja, das ist richtig, ich habe das vergessen zu sagen. Es ist uns wichtig, dass es in der gleichen Sitzung behandelt wird, wie das Postulat der CVP. Wenn dieses verschoben wird, dann muss unser Postulat auch verschoben werden.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen über diese spezielle Dringlichkeit ab. Wenn das Traktandum Baslerstrasse heute kommt, dann wird das Postulat heute behandelt, und wenn das Traktandum beim nächsten Mal kommt, dann wird das Postulat das nächste Mal behandelt.

://:

Die Dringlichkeit wird mit 24 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen bejaht.

Das Zweidrittelmehr wurde erreicht. Wir werden dieses Postulat mit den anderen Baslerstrassegeschäften zusammen behandeln.

Mir liegt ein Postulat der SP-Fraktion zur Honoraraffäre vor: Was ist auf Gemeindeebene nötig.
Wir haben eine Interpellation von der FDP: 30 Jahre Partnerschaft mit Pfullendorf.
Wir haben eine Interpellation von der CVP: Umgestaltung Baslerstrasse.
Ich habe eine weitere Interpellation von der FDP: 200 Jahre bei der Eidgenossenschaft, Allschwil von Birseck zur Eidgenossenschaft.
Und ich habe abschliessend eine kleine Anfrage bezüglich Gemeindesteuern von der LDP Allschwil, Roland Naef.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Der 1. Vizepräsident hat es gesagt, wir möchten heute um 20.00 Uhr aufhören. Wenn Sie die Traktandenliste anschauen, dann sehen Sie, dass wir noch die Fragestunde und das Infenster haben. Sie sehen in den Unterlagen, dass es 16 Fragen gibt. Das Büro hat darum beschlossen, wenn Sie das so unterstützen, dass wir Traktandum 1 normal machen, danach die Fragestunde und dann auf die Uhr schauen. Wenn es nicht für den Baslerstrasse-Block reicht, dann nehmen wir noch Traktandum 5. Wenn es gar nicht mehr reicht, dann hören wir auf. Wir brauchen eine gewisse Flexibilität heute. Uns vom Büro und Ihnen wahrscheinlich auch ist es wichtig, dass wir die Baslerstrasse-Diskussion en bloc machen und nicht mittendrin aufhören müssen. Gibt es dazu Einwände? Nein, gut dann gehe ich davon aus, dass die Traktandenliste heute so flexibel ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 19.12.2013, betreffend
Einsetzen und Wahl einer Spezialkommission „Generelle Leistungsüberprüfung“
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli, Geschäft 4165

Nicole Nüssli, Gemeindepräsidentin: Auch wenn Ihnen die Ausgangslage, welche zu diesem Antrag "Einsetzen und Wahl einer Spezialkommission Generelle Leistungsüberprüfung" geführt hat, bestens bekannt ist, erlaube ich mir trotzdem kurz auszuholen. Mit dem Budget 2014 hat Ihnen der Gemeinderat durch den neuen Finanzvorsteher Franz Vogt an der letzten Einwohnerratssitzung im Dezember 2013 ein Budget präsentiert, welches mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 2'400'000 rechnet, dies für das Jahr 2014. Die Aufgabe an die Finanzplanung 2014 – 2018 rechnet damit, dass sich die Finanzlage, wie sie sich 2014 abzeichnet, in etwa so weiter entwickelt. Wir müssen also damit rechnen, dass wir auch in den nächsten Jahren einen Aufwandsüberschuss verbuchen müssen. Aufgefangen werden können diese Verluste einzig durch die geplanten Verkäufe des Areals Sturzenegger und der Schulhäuser Bettenacker und Gartenstrasse in den Jahren 2016, 2017 und 2018. Ohne diese Buchgewinne würden die Verluste 2017 und 2018 auf einen Betrag von rund CHF 8'100'000 ansteigen. Die Verschlechterung der Ergebnisse liegt darin begründet, dass die Ausgaben auf der einen Seite stärker ansteigen werden als die Steuereinnahmen, und dies führt zu einem strukturellen Defizit führen. Gründe für diese erwartete Veränderung in der Finanzlage – ich darf darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren gegensätzliche bessere Resultate eingefahren haben – sind Ihnen bestens bekannt. Ich erwähne sie doch nochmals kurz. Es sind die gestiegenen Kosten bei der Sozialhilfe, andererseits vermehrte Ausgaben bei der Ergänzungsleistung, zusätzliche Ausgaben bei der familienergänzenden Betreuung, generell gestiegene Kosten im Gesundheitsbereich, und eine Zunahme der Bildungskosten aufgrund von gestiegenen Kinderzahlen, was grundsätzlich positiv ist, aber auch aufgrund der Investitionen für die Sanierung und die Erweiterung der Bildungsinfrastruktur. Sie haben die finanziellen Veränderungen erkannt, das ist mir durchaus bewusst, das hat man gespürt und gehört aufgrund der verschiedenen Voten an der letzten Budgetsitzung und vor allem aufgrund der geführten Budgetdebatte. Von verschiedenen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten wurde an der Dezembersitzung ausgeführt, dass sich der Gemeinderat zu wenig Gedanken gemacht hat zu möglichen Sparmassnahmen, und dass der Gemeinderat zu wenig aufgezeigt hat, wo die Sparmöglichkeiten wirklich liegen. Ein Teil des Rates hat eine Erhöhung des Steuerfusses beantragt, aber eine Mehrheit hat man dort nicht gefunden. Das Budget wurde letztlich angenommen, wenn auch äusserst knapp, mit 14 zu 13 Stimmen, wenn ich mich richtig erinnere. Das Budget wurde angenommen mit dem Auftrag an den Gemeinderat, dass er Sparmassnahmen aufzeigen soll, damit die zu erwartende Finanzlage, die wir aufgezeigt haben, das strukturelle Defizit am Schluss, wieder behoben werden kann. Der Gemeinderat hat den Auftrag verstanden und er wird eine generelle Leistungsüberprüfung ausarbeiten. Im Grundsatz steht die Leistungsüberprüfung bereits. Am Freitag, also übermorgen, wird der Gemeinderat ein erstes Mal darüber beraten. Wichtig für den Gemeinderat ist, dass der Einwohnerrat möglichst früh in diese Arbeit eingebunden wird, und die Möglichkeit erhält sich und seine eigenen Gedanken dazu einzubringen. Die Leistungsüberprüfung darf nicht bloss etwas fürs Papier sein und damit abgeschlossen werden, indem wir aufzeigen welche Leistungen in Zukunft allenfalls gekürzt oder eingespart werden könnten. Wichtig ist, dass dem Massnahmenpaket, welches geschnürt wird, Taten folgen. Taten folgen, das heisst, dass sie umgesetzt werden. Es müssen nicht alle umgesetzt werden, aber es müssen ein paar umgesetzt werden, nur dann lässt sich die Finanzlage positiv verändern. Es ist deshalb dem Gemeinderat sehr wichtig, was der Einwohnerrat zu diesem Massnahmenpaket meint. Es ist dem Gemeinderat wichtig, dass er dies erfährt, bevor das Massnahmenpaket letztendlich definitiv abgeschlossen wird und im

Einwohnerrat zum Beschluss vorgelegt wird. Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat der Meinung, dass das Paket von einer Kommission des Einwohnerrates vorberaten werden soll. Diese Kommission kann ihre Stellungnahme abgeben. Jetzt kann man sich die Frage stellen, welche Kommission dies sein soll. Naheliegender ist es die Fireko, weil sie sich um finanzielle Angelegenheiten kümmert. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass es eine Spezialkommission sein soll. Es geht bei diesem Paket nicht nur um die Finanzlage. Natürlich ist die Finanzlage am Schluss das Thema. In diesem Paket soll auch aufgezeigt werden, welche Auswirkungen Kürzungen haben. Auswirkungen sind mehr als nur geldwerter Natur. Darum ist der Gemeinderat der Meinung, dass es eine Spezialkommission sein soll, welche die Leistungsüberprüfung anschaut und eine Vernehmlassung dazu ausarbeitet. Die Auswirkungen der Leistungsüberprüfung sollte man im nächsten Budget sehen. Das nächste Budget wird von der Fireko überprüft und angeschaut, wie das immer der Fall ist. Wir meinen, dass die Fireko unabhängig von dem Massnahmenpaket das Budget beraten soll, auch dies ein Grund für die Spezialkommission. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates entsprechend den Anträgen zu beschliessen.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir sehen diese Ausgangslage ähnlich, wir haben finanzielle Probleme in Zukunft, es gibt strukturelle Defizite. Das Einsetzen einer Kommission aus dem Einwohnerrat ist sicher sinnvoll, damit es primär einen Konsens gibt unter den verschiedenen Parteien und ein optimales Vorgehen gewährleistet ist. Es ist sinnvoll, dass wir den Einwohnerrat mit einbeziehen und wir haben von unserer Seite einen Vorschlag, wer dies bei uns machen könnte. Wir schlagen Jean-Claude Bourgnon vor, ein ausgewiesener Fachmann, der dies auch freiwillig macht, wir mussten niemanden zwingen. Es ist eine mittlere Herkulesaufgabe. Wir sind für dieses Anliegen.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion begrüssen den Vorschlag des Gemeinderates und werden ihn unterstützen. Auch die Idee, dass je ein Fraktionsmitglied entsendet wird, finden wir ideal. Es muss klar sein, dass, wenn jemand bei der intensiven Sitzungsabfolge, welche hier vorgesehen ist, nicht gehen kann, ohne grossen Aufwand ein Ersatz geschickt werden kann. Wir begrüssen es, wenn dies klar wäre. Wir warten gespannt auf die Sparvorschläge aus den verschiedenen Departementen. Für uns ist es klar und selbstverständlich, dass es aus den Fraktionen in die Kommission einfliessen soll. Wir haben uns überlegt, ob die Fireko evtl. eine Entlastung machen könnte, indem die Vorschläge, welche nicht vom Gemeinderat kommen, bei der Fireko einer Art Vorprüfung unterzogen werden, und diese auch Stellung dazu nimmt. Wir möchten gerne Kathrin Gürtler schicken.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Auch wir begrüssen, dass der Gemeinderat den Ernst der Lage erkennt und ein Sparpaket auflegen wird. Auch wir begrüssen weiter, dass eine Kommission eingesetzt wird. Wir sehen nicht ein, weshalb wir eine Sonderkommission brauchen. Wir finden es schade, dass wir hier auf das Know-how der Fireko verzichten werden. Es geht nicht nur um Finanzfragen, sondern auch um Leistungsfragen. Aber die Finanzfragen sind hier unverzichtbar bei diesem Anliegen. Darum werden wir die Spezialkommission grundsätzlich nicht unterstützen. Es ist klar, wenn eine eingesetzt wird, dass wir jemanden entsenden werden.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir haben dies in der CVP-Fraktion auch ausgiebig diskutiert. Im Grundsatz finden wir die Idee des Gemeinderates gut, dass wir hier eine generelle Leistungsüberprüfung machen und dass es von einer Kommission des Einwohnerrates geprüft wird und dass wir den Einwohnerrat einbinden. Wie mein Vorredner bereits gesagt hat, sind wir der Meinung, dass es dafür keine Spezialkommission braucht, da es bereits eine Kommission gibt, welche auf diesem Gebiet sachkundig ist, nämlich die Fireko. Wir sehen auch, dass es hier nicht nur um finanzielle Fragen geht, sondern auch um Auswirkungen. Wir sind der Meinung, dass dies die Fireko auch gut überprüfen kann. Wir meinen auch, dass wir Doppelspurigkeiten, welche nicht nötig sind, vermeiden sollten. Diese Gefahr haben wir, wenn wir eine Spezialkommission und eine Fireko haben, und dies beide unabhängig voneinander überprüfen sollen. Es besteht dann die Gefahr, dass es sich widersprechende Empfehlungen an den Einwohnerrat gibt. Damit ist der Sache nicht gedient. Die CVP-Fraktion hat einen Antrag vorbereitet, den ich schriftlich eingereicht habe, nämlich dass wir von der Bildung einer Spezialkommission absehen und stattdessen die Fireko mit der generellen Leistungsüberprüfungen betrauen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion unterstützt den Plan des Gemeinderates. Ob es eine Spezialkommission oder einen Fireko-Auftrag gibt, spielt für uns nicht so eine Rolle. Wir würden die gleiche Person delegieren, welche bei uns auch in der Fireko ist. Ich habe eine Frage zum Timing,

denn das ist nicht sehr glücklich. Am 18. Mai haben wir die Abstimmung zur Gemeindeinitiative. Diese wird den Sparbedarf wesentlich mitbestimmen. Es wäre günstig gewesen, wenn wir gewusst hätten, wie viel es mit der Übernahme Pensionskassenausfinanzierung bedeutet. Das Timing ist zu spät angesetzt. Man könnte aber auch sagen, dass es zu früh ist, weil man dann noch nicht weiss, was bezüglich Pensionskasse kommt. Die Kommission, ob das die Fireko oder eine Spezialkommission ist, müsste zwei Szenarien ausschaffen, also eines mit Ausfinanzierung und eines ohne Ausfinanzierung. Das Manko, dass man nicht weiss, was die Gemeinde macht, wenn sie die Pensionskasse ausfinanzieren muss, das bleibt für die Abstimmung. Es wäre schöner, wenn wir dies bereits klar darlegen könnten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion folgt dem Gemeinderat und ist für die Einsetzung der Spezialkommission. Wir vertreten klar die Meinung, dass es mit der Spezialkommission besser aufgegleist ist als mit der Fireko. Ich habe noch ein paar Fragen zu diesem Geschäft. Uns interessiert, ob es Möglichkeiten gibt, wenn zum Beispiel während der Sitzung ein Punkt aufkommt beim Budget oder in der Kosten/Leistungsrechnung oder ein Sparpotential gesehen wird, welches nicht genannt ist, dies noch einzubringen. Hat man die Möglichkeit noch vertieft auf gewisse Substanzen einzugehen, ohne dass alles auf Punkt und Komma vorgegeben ist? Wir möchten auch beliebt machen, dass wir die Vorgehensweise, wie es im zweiten Abschnitt beschrieben ist, der Spezialkommission selber überlassen. Ich finde es nicht gut, wenn wir der Kommission jetzt bereits sagen, wann sie Sitzungen abhalten müssen. Der 19. März ist eine Einwohnerratssitzung, das ist ziemlich ungünstig. Ich bitte den Gemeinderat, dies nochmals zu überdenken. Wir finden sechs eine ungünstige Zahl. Es ist uns klar, dass sich dies aus jeder Fraktion zusammensetzt. Trotzdem stellt die SVP-Fraktion den Antrag, dass wir die Kommission um eine Person erweitern, sonst müssen wir mit Stichentscheiden oder mit Pattsituationen arbeiten.

Andreas Bammatter, Präsident: Wenn dies ein Antrag ist, dann schauen wir das nochmals an. Wir haben im Büro ausnahmsweise lange darüber diskutiert. Wir wollten verstehen, was das Ziel ist und wir wollten uns einig sein, weil das Büro auch so zusammengesetzt ist. Alle Parteien oder mindestens die Fraktionen sind grossmehrheitlich vertreten. Das mit dem 19. – 21. März nehmen wir auf unsere Kappe, das haben wir später bemerkt. Der Grund für diesen Satz ist folgendes. Wir haben uns überlegt, wenn wir dies einen Monat vorher erhalten, nämlich am 21. Februar, dann können wir den Katalog in den Parteien anschauen, beurteilen und dann die Person mit diesem Votum in die Kommission schicken. Wir können, das hat der Gemeinderat gesagt, auch noch andere Sachen in den Katalog aufnehmen. Das habe ich so herausgehört, dass der Gemeinderat gesagt, dass wir Ideen auch noch einbringen sollen. Wenn die Beurteilung dann 3 zu 3 ist, dann weiss der Gemeinderat, dass die einen dafür sind und die anderen dagegen. Es spielt keine Rolle, ob es 4 zu 3 steht oder 3 zu 3. Es kommt danach sowieso die Meinungsbildung über alle Vorschläge wieder zusammen, damit man sieht, wo in etwa der Wind weht. Es ist nicht die Kommission, die entscheidet. Bei dieser Vorlage sind wir als Einwohnerrat zuständig fürs Ganze und können nachher darüber befinden. Die Idee ist gut, dass eine Kommission vorher bereits eine Meinungsbildung macht. Darum haben wir diese Sitzungen ganz am Schluss einberufen, auch mit der Idee, dass es an den letzten beiden Tagen Leute sind, die an beiden Daten gehen können, ausser es ist jemand krank. Darum steht der Satz drin, das haben wir an der Bürositzung angeregt, dass wir es möglichst am Schluss machen, damit alle wissen, wen sie senden, damit diese Person dann zur Verfügung stehen muss, in diesem Fall drei Tage Einwohnerrat und zwei Tage Sitzung. Ist das für Sie gut Herr Spiegel? Bleibt der Antrag auf sieben stehen? Ja, der bleibt stehen, gut. Ich brauche ihn aber noch schriftlich.

Die zweite Frage ist, ob wir die Wahl heute Abend machen oder erst das nächste Mal. Von meiner Fraktion habe ich gehört, dass wir einen Kandidat haben. Sind die anderen auch schon so weit? Ansonsten müssten wir die Wahl verschieben.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich würde mich zur Verfügung stellen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wie sieht es aus bei der CVP?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn heute die Spezialkommission eingesetzt würde, dann hätten wir auch jemanden.

Andreas Bammatter, Präsident: Die Grünen haben auch gesagt, dass sie jemanden haben. Es ist selbstverständlich frei, dass man Fireko-Personen delegiert. Ich gehe davon aus, dass der Antrag auf sieben Personen von Herrn Spiegel noch kommt und wir stimmen darüber nun ab.

://:

Der Antrag von Florian Spiegel wird mit 10 Nein-, zu 9 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen abgelehnt.

Es bleibt somit bei sechs Leuten, wenn es denn überhaupt eine Kommission gibt und nicht eine Bindung an die Fireko gibt. Das ist der Antrag der CVP, über den wir jetzt abstimmen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Unser Antrag ist es, dass die Fireko dies, so wie sie besteht, übernimmt.

Andreas Bammatter, Präsident: Gut, danke für diese Berichtigung.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Es bleibt bei den sechs Personen in der Spezialkommission, wie es der Gemeinderat vorgeschlagen hat.

Wir kommen jetzt zum Antrag 1 des Gemeinderates:

1. Es wird eine Spezialkommission für „Generelle Leistungsüberprüfung“ eingesetzt, bestehend aus sechs Mitgliedern.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich bei 2 Enthaltung und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Damit wir Antrag 2 machen können, muss ich die Nominationen haben, dann könnten wir das grad erledigen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen zur Nomination Stefan Tomek vor.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen zur Nomination Kathrin Gürtler vor.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion schlägt meine Wenigkeit vor.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion schlägt Barbara Selinger vor.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion schlägt, wie bereits angetönt, Jean-Claude Bourgnon vor.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es weitere Nominationen?

Jérôme Mollat, Ich stelle mich selber zur Verfügung.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir haben jetzt sechs Kandidatinnen und Kandidaten. Gibt es noch weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Bestreitet jemand diese Wahl? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit sind diese sechs Personen gewählt.

Wir kommen zu Antrag 3.

3. Die Spezialkommission „Generelle Leistungsüberprüfung“ konstituiert sich selbst.

Wenn wir also die entsprechenden Unterlagen haben, wird von der Verwaltung eine Einladung kommen für die Sitzung, dann können sich die Personen entsprechend unterhalten, wie sie vorgehen möchten.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Traktandum als Ganzes wird abgeschlossen.

Wir kommen jetzt, wie angekündigt, zum Infofenster und nachher zur Fragestunde. Gibt es etwas zum Info-Fenster? Nein, dann leiten wir grad zur Fragestunde weiter.

FRAGESTUNDE

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Frage 1 von der FDP-Fraktion betreffend Infokalender 2014. Wem darf ich das Wort erteilen?

Nicole Nüssli, Gemeindepräsidentin: Ich muss ein bisschen ausholen, es sind viele Fragen. Ich versuche zuerst die Fragen von Susan Vogt zu beantworten und danach die Fragen von Simon Maurer. Sie wurden im gleichen Zusammenhang gestellt.

Zur Frage 1 von Susan Vogt muss ich ein bisschen ausholen. Der Druck des Infokalenders 2002 bis zum Infokalender 2013 wurde von der Firma Sarea GmbH ausgeführt. Das ist eine Druckerei in Allschwil. Bis zum Infokalender 2012 lagen die Kosten für die Gemeinde für den Druck des Infokalenders bei CHF 5000 als Druckkostenbeitrag und bei CHF 3500 Versandkosten, also total CHF 8500. Die Druckerei Sarea GmbH kam mit den Kosten nur raus, weil sie neben dem Druckkostenbetrag, den sie von der Gemeinde erhalten hat, nämlich die CHF 5000, auch Einkünfte aus dem Inserateverkauf realisieren konnte. Der Inserateverkauf ging über die Jahre immer mehr zurück. Im 2012 hat die Gemeinde die Mitteilung von der Sarea GmbH erhalten, dass der Inserateverkauf total eingebrochen ist. Es ist nur möglich, den Infokalender 2013 zu drucken, wenn die Gemeinde bereit ist, den Druckkostenbeitrag zu erhöhen. Der Gemeinderat hat dann beschlossen, den Infokalender weiter von dieser Firma Sarea GmbH drucken zu lassen und den Druckkostenbeitrag für den Infokalender 2013 auf CHF 15'000 zu erhöhen. Das ist ein angemessener Druckkostenbeitrag, wenn keine Inseratebeiträge fliessen. Im 2013 hat die Gemeinde von Sarea GmbH und vom Geschäftsführer Herr Blattner erfahren, dass er altershalber aufhören würde und wir einen Nachfolger für den Infokalender des nächsten Jahres suchen müssen. Bei der Suche nach einem Nachfolger mussten wir schnell feststellen, dass die von der Gemeinde angefragten Druckereien keine grosse Freude an diesem Auftrag hatten. Die Idee des Gemeinderates war es, die Druckkostenbeiträge möglichst tief zu halten, und den Vertrag so zu halten, dass der Drucker mit den Inseratekosten rauskommt. Das heisst, wir haben eine Druckerei gesucht, welche nebenbei Inserateverkauf betreibt, damit für uns die Kosten möglichst tief bleiben. Wir haben die Druckerei Gysin in Aesch gefunden, welche den Auftrag gemäss unseren Vorstellungen übernommen hat, und zwar für den Infokalender 2014, also CHF 5000 Druckkostenbeitrag und wir übernehmen die Versandkosten von CHF 3500. Dann ist die Zeit vorangeschritten und es wurde November 2013. Wir haben ein Telefon von dieser Druckerei Gysin erhalten, dass die Inserateverkäufe überhaupt nicht möglich waren und er nur in der Lage ist, den Infokalender 2014 zu drucken, wenn er weitere Gelder von uns erhält. Wir mussten dann schweren Herzens sagen, dass wir das einmal machen, aber nachher den Vertrag kündigen werden. Wir haben dann nochmals CHF 8000 bezahlt, also insgesamt CHF 13'000.

Zur Frage 2 zu den Totalkosten, eine Zusammenfassung. 2002 bis 2012 lagen die Kosten für den Infokalender bei CHF 8500, also 0.70 pro Haushalt. Im 2013 sind die Kosten angestiegen auf CHF 15'000 Druckkostenbeitrag und CHF 3500 Versandkosten, total CHF 18'500, also CHF 1.50 pro Haushalt. Im 2014 lagen die Druckkosten bei CHF 13'000 und CHF 3500 Versandkosten, also total CHF 16'500, das ergab wiederum CHF 1.40 pro Haushalt.

Zur Frage 3 nach der Selbstabholung. Das hört sich einfach an, vielleicht wäre es eine gute Idee. Aber aus Sicht des Gemeinderates bringt es keine Kosteneinsparung. Wir müssten trotzdem für jeden Haushalt eine Ausgabe drucken lassen und sie lagern. Wenn sie nicht abgeholt werden, haben wir sie bei uns auf der Gemeindeverwaltung und müssten sie entsorgen. Wenn wir zu wenig drucken, dann müssen wir nachdrucken. Das ist ein grosser Aufwand, das kann es nicht sein. Sie wissen alle, dass der Infokalender sehr geschätzt wird. Darum ist die Idee nach wie vor, dass wir ihn den Haushalten zustellen.

Zur Frage 4. Der Inserateauftrag ist Bestandteil des Vertrages mit der Druckerei. Die Druckerei übernimmt den Druck und schaut selber, wie sie letzten Endes rauskommen, nämlich indem sie die Inseratemöglichkeit haben.

Zur Frage 5. Mit der Firma Fankhauser hatten wir Kontakt, nachdem die Firma Sarea GmbH aufgelöst wurde und wir einen Nachfolger gesucht haben. Dort hat sich sehr schnell gezeigt, dass ein reiner Druckkostenauftrag, also ohne den Inserateteil, mindestens CHF 12'000 kosten wird. Das Ziel des Gemeinderates war es, möglichst tiefe Kosten zu haben, darum sind wir dort nicht ins Geschäft gekommen. Die Druckerei wollte den Auftrag auch nicht übernehmen.

Zur Frage 6: Weshalb kam dieser Infokalender erst so spät in die Haushalte. Das ist ein Ärgernis für alle, die ihn so spät erhalten haben, aber auch für die Gemeinde. Wir hatten viele Anfragen, wann er denn kommt. Ich habe einmal gesagt, dass er am 07. Januar kommt, und dann kam er doch nicht und es ging nochmals eine Woche. Sie haben gehört, was der Grund dafür ist. Wir wurden in letzter Sekunde darauf hingewiesen, wie es mit dem Infokalender 2014 ablaufen kann. Dies hat zu einer Verspätung geführt. Er war erst Mitte Dezember 2013 fertig, und die Auslieferung erfolgte am 07. Januar. Im Haushalt war er erst am 14. Januar. Ich möchte mich gerne entschuldigen für das Vorgehen, aber alle Schuld liegt nicht hier. Der Gemeinderat wird beraten, wie wir in Zukunft weiterfahren werden bezüglich dieses Infokalenders.

Zu den Fragen von Simon Maurer. Die erste Frage habe ich damit beantwortet.

Die zweite Frage: Wurden Massnahmen beschlossen, mit welchen erneute Verspätungen für die kommenden Jahre verhindert werden sollen. Vielleicht hatten wir auch den falschen Vertragspartner, es gäbe auch noch andere. Wir schauen jetzt, was in Zukunft möglich ist.

Die letzte Frage von Simon Maurer: Wurden bei der Vergabe auch Allschwiler Druckereien berücksichtigt? Wie bereits gesagt, wir hatten mit der Firma Fankhauser Kontakt, aber wir kamen nicht ins Geschäft, weil wir eine andere Vorstellung hatten, wie wir den Auftrag vergeben wollten.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es von den Fragestellenden einen Nachtrag?

Simon Maurer, SP-Fraktion: Ich hätte noch zwei Anschlussfragen. Es wurde gesagt, dass der Drucker zuständig ist, die Inserate einzuholen. Ich möchte wissen, wer das Layout und die Gestaltung des Kalenders macht. Es dauerte sieben Tage vom Versand bis in den Haushalt. Wer verteilt dies?

Nicole Nüssli, Gemeindepräsidentin: Ich fange bei der letzten Frage an, die weiss ich ganz sicher. Die Post verteilt den Kalender. Bei der ersten Frage betreffend Layout meine ich, dass dies der Drucker macht. Da bin ich mir aber nicht 100% sicher. Wenn es anders wäre, dann informiere ich dich gerne direkt nochmals.

Andreas Bammatter, Präsident: Besten Dank für die Beantwortung auch von meiner Seite. Wir kommen zur Frage 3: Umsetzung Lichtsmoginitiative von der SP-Fraktion. Armin Bieri hat die Frage gestellt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Beim Lichtsmog geht es darum, dass wir dies übernehmen in den Gesetzestext der Gemeinde Allschwil. Vielleicht gibt es hier eine gewisse Unklarheit. Ich gehe davon aus, dass diese Pendezenz bei der Reglementscommission liegt. Man könnte sich vorstellen, die Lichtsmogartikel ins Reklamereglement oder allenfalls ins Polizeireglement aufzunehmen, welches bereits diesen Herbst behandelt wird. Wenn es andere Pendenzenzen gibt, welche wieder auf die Gemeinde zukommen, dann wäre ich froh, wenn wir dies klären könnten.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Vielen Dank für die Auskunft. Ist dieser Auftrag bereits an die Reglementscommission gegangen oder nicht? Ich gehe davon aus, dass dieser Auftrag von der Gemeindeverwaltung oder vom Gemeinderat an die Kommission gehen muss. Ich möchte gern wissen, ob dies erfolgt ist oder nicht.

Robert Vogt, Gemeinderat: Im Protokoll der Einwohnerratssitzung war es klar, dass wir es der Reglementscommission geben. Diese ist autonom in ihren Geschäften, die sie behandelt. Wenn sie das Geschäft startet, dann ist die Verwaltung selbstverständlich involviert.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Hat die Reglementscommission dies auch so aufgefasst und läuft das?

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Ich nehme als Präsidentin der Kommission gerne dazu Stellung. Nein, wir haben es nicht so aufgefasst. Wir wären aber im Gespräch sicher noch darauf gekommen. Wir sind noch nicht so weit, dass wir mit der Lichtsmoginitiative angefangen haben. Es ist selbstverständlich, dass wir damit anfangen, sobald wir mit dem anderen Grossprojekt einen Tick weiter sind.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Danke, ich wäre froh, wenn es einen kurzen Kommentar gibt, wenn es anfängt. Es ist mir klar, dass ihr jetzt einen grossen Mocken habt.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Ja, das machen wir.

Andreas Bammatter, Präsident: Diese Frage ist beantwortet. Wir kommen zur Frage 4 von den Grünen, Ueli Keller: Innenraumgestaltung Tagesschule.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Der Gemeinderat ist nach wie vor davon überzeugt, dass das Tagesschulmodell, welches wir in Allschwil gewählt haben, flexibel und zukunftsfähig ist. Es wird mit seinem teilmodularen Aufbau den Bedürfnissen der Erziehungsberechtigten gerecht, ohne dass dabei die Anforderungen an die Konstanz der Gruppen ausser Acht gelassen wird. Zudem ist sie so ausgestaltet, dass es laufend weiterentwickelt werden kann. Die Innenraumgestaltung der Tagesschule ist in der Projektphase, wie übrigens auch die anderen Räumlichkeiten unter starkem Einbezug der Nutzerinnen konkretisiert worden, und sie entspricht den Bedürfnissen unserer Tagesschule. Wie die Konzeption des ganzen Schulhauses lässt auch die Innenraumgestaltung der Tagesschule Raum für spätere Anpassungen und zukünftige Bedürfnisse.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke, ich habe noch nie eine so offene Antwort erhalten, auch wenn sie mich noch nicht ganz zufrieden stellt, aber es lässt hoffen. Ich darf zwei Anschlussfragen stellen. Die eine betrifft das Kochen bei der Tagesschule. Das ist ein wichtiger Teil der Tagesschule, nämlich das Essen. Wenn ich das Projekt richtig verstanden habe, dann gibt es zwei Küchen bei diesem Schulhauskomplex. Eine für die Tagesschule und eine für die Aula. Meine erste Frage ist: Hält der Gemeinderat angesichts der jetzt anerkannten finanziellen Engpasssituation an zwei Küchen fest? Das wäre schweizweit ein einmaliges Modell, vielleicht sogar europaweit.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Die Küche der Tagesschule ist so gestaltet und ausgebaut, dass man selber kochen kann.

Christoph Morat, Gemeinderat: Mit diesen beiden Küchen im Schulhaus und in der Aula ist es eine einfache Sache. Eine Tagesschule hat andere Bedürfnisse. Dort wird mit Personal gekocht, welches wir anstellen. Das Personal muss diese Küche in- und auswendig kennen, dort müssen spezielle Geräte installiert werden. Es gibt eine Vorratshaltung. Die Küche in der Aula ist für gelegentliche Anlässe mit wechselnden Nutzern mit wechselnden Kenntnissen in einer Küche vorgesehen. Wenn der Badminton-Club dort ein Turnier ausrichtet, dann kochen diese Würstli oder Spaghetti und haben andere Sachen, die sie brauchen. Die Küche in der Aula kann man brauchen für eine Tagesschulküche. Aber die Tagesschulküche kann man auf keinen Fall brauchen, wenn man einen Abend- oder Wochenendanlass hat. Das sind zwei komplett verschiedene Modelle. Es ist nicht so, wie du das darstellst, Ueli Keller, dass es europaweit so ist. Es gibt mehrere Modelle, welche dies in der Küche anders abbilden. Wir reden von zwei verschiedenen Sachen. Das eine ist die Tagesschule und das andere ist die Nutzung in der Aula für wechselnde Verhältnisse, dafür braucht es etwas anderes.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Meine zweite Anschlussfrage: Was ist mit den Betreuungsbedürfnissen der Schüler und Schülerinnen des Schulzentrums Neualschwil und des Schulhauses Schönenbuchstrasse?

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wir haben nach wie vor immer noch den Mittagstisch, den wir auf den Dürrenmatten betreiben. Bei weiteren Betreuungsmodellen sind wir noch nicht so weit. Die Zukunft wird das sicher fordern. Wir sind an den Überlegungen, wie das kommen kann.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke.

Andreas Bammatter, Präsident: Jetzt sind wir schon bei Frage 5, auch von Ueli Keller: Aussenraumgestaltung Schulareal Gartenhof und Breite/Lettenweg.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich nehme auch gerne zu dieser Frage Stellung. Es gilt festzuhalten, dass der Lettenweg ein öffentlicher Raum ist, eine Strasse im Sinne des Strassenplanes. Wenn wir den Lettenweg in eine Campusstrasse überführen würden, dann müsste mindestens eine Strassenplanänderung stattfinden. Es gibt am Lettenweg auch private Anwohner. Im vorderen Teil, Sie kennen die Situation dort, gibt es eine Trennung vom Schulhaus zur Industriezone. Dort sind auch verschiedene Bedürfnisse, welche wir berücksichtigen müssen. Auf der einen Seite sind da kantonale Schulen, die sind auch Besitzer dieser Liegenschaften. Wir bauen auf der anderen Seite neu eine Schule, nämlich ein Gemeindeschulhaus, ein Primarschulhaus. Der Kontakt besteht selbstverständlich heute bereits mit dem Kanton in diversen Punkten, wie zum Beispiel die Schulhausübernahme. Das ist noch nicht ganz abgeschlossen, da sind noch diverse Punkte offen, wie die Übernahme von Kunstwerken, welche noch nicht verrechnet wurden. Und dann gibt es noch Lagermaterial, welches auch noch nicht geregelt wurde. Wir sind in Kontakt mit dem Kanton. Wir sind auch in Kontakt mit dem Heizungsverbund, welcher beim Lettenweg besteht, nämlich bis zum Gartenschulhaus. Der Lettenweg als öffentlicher Raum ist ein Thema, wo wir mit dem Kanton im Gespräch sind. Sie sind sicher am Neubau von Herrn Dreher vorbeigelaufen. Die Anwohner haben vielleicht auch andere Interessen. Es gilt verschiedene Sachen abzuwägen. Das Gespräch mit dem Kanton findet statt.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke, keine Nachfrage.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Frage von Herrn Naef bezüglich Pendenzen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann Ihnen versichern, dass im Tiefbau- und Umweltbereich nicht langsamer gearbeitet wird. Sie haben vielleicht gesehen aufgrund der Liste, dass die meisten Geschäfte im Tiefbaubereich angesiedelt werden können. Deshalb gibt es verschiedene Gründe, weshalb diese relativ lange auf der Pendenzenliste bleiben. Das liegt daran, dass diese Vorstösse zu Grossprojekten gehören und dadurch auch sehr grosse Verzögerungen entstehen können. Beim Projekt Baslerstrasse geht es von 2015 bis 2018. Beim Hegenheimermattweg, welches wir erst jetzt projektieren, geht es über mehrere Jahre, auch beim Lindenplatz wissen wir, dass es sich über die nächsten Jahre erstrecken wird. Auch kleinere Sachen wie Trottoirabsenkungen haben wir auf mehrere Jahre verteilt. Sie sehen, das sind nicht Sachen, welche wir mit einem Wurf erledigen und nach einem Jahr abschliessen können. Zweitens sind wir auch abhängig von Dritten. Wir sind eingebunden in kantonale Projekte. Der öffentliche Verkehr wird vom Kanton finanziert und geregelt. Dort stehen wir in Abhängigkeiten und können nicht einfach vorwärts machen. Auch hier spielt die Baslerstrasse mit der Tramlinie rein. Es spielt die Fluglärmmessung rein, da ist der EuroAirport zuständig. Es gibt die Südumfahrung mit dem Projekt ELBA, auch dies ein kantonales Projekt, welches der Landrat erst diesen Frühling behandeln wird. Es geht auch um den öffentlichen Verkehr und Buslinien, wo der Kanton für die Fahrpläne und die Verdichtung zuständig ist. Die S-Bahnhaltestelle Morgartenring liegt auf Stadtboden, da ist unsere Kompetenz klein. Selbstverständlich sind wir auch beim Rückbau Wasgenring und Luzernerring nur am Rande dabei. Ich bitte Sie um Verständnis und möchte darauf hinweisen, dass wir eine Liste haben über Termin- und Geschäftsplanungen des Einwohnerrates. Da finden Sie einerseits die Erklärungen, weshalb diese Vorstösse noch hängig sind und das Datum, wann die Behandlung stattfinden soll. Daran können Sie sich gut orientieren.

Roland Naef, parteilos: Ich habe keine Nachfrage. Du sagst, dass es irgendwie schlecht aussieht, wenn man diese Pendenzenliste anschaut. Es gibt das eine oder andere, welches man erledigen könnte, und dann könnte man den Rest bündeln, damit es ein bisschen anders dargestellt wird. Es ist mir klar, dass es gewisse Abhängigkeiten gibt. Am Wasgenring zum Beispiel können wir nichts mehr machen, also weg damit. Dann sieht es ein bisschen anders aus und wird bereinigt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann dazu grad Stellung nehmen. Selbstverständlich werden wir das machen. Ich habe auch die Baslerstrasse-Fragen alle gebündelt, sie sind heute traktandiert. Das ist genau so ein Bündel, welches diesem Zweck dient, damit Sie es auf einmal debattieren können. Ich nehme gerne entgegen, dass wir in Zukunft Sachen wie Rückbau Luzernerring zur Abschreibung vorlegen können. Da sehen wir kein Problem.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Frage 7: Präsentation der Allschwiler Kunstobjekte, SP-Fraktion, Bruno Gadola.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Der Gemeinderat steht dieser Anfrage positiv gegenüber. Man kann sich gut vorstellen, in Zukunft im Gemeindezentrum eine Ausstellung mit gemeindeeigenen Kunstobjekten durchzuführen, dies wurde schon mehrfach angedacht, allerdings nur angedacht. Vorgängig müssten einige Abklärungen betreffend Ausstellungsform, Sicherung der Kunstwerke, Versicherung, Feuerpolizeibestimmungen etc. gemacht werden. Zudem ist eine solche Ausstellung immer mit einem Kostenaufwand verbunden, zum Beispiel die Vorrichtungen für die Ausstellung, Ausstellungswände, Sicherungssystem usw. Es ist auch mit einem zusätzlichen Arbeitsaufwand verbunden, welcher in der Hauptabteilung geleistet werden müsste. Im Jahr 2014 ist nichts budgetiert. Eine Budgetierung für das Jahr 2015 wird jetzt geprüft. Ich möchte Ihnen aber hier auch grad mitteilen, dass in ähnlicher Absicht der Gemeinderat bereits aktiv geworden ist. Als der Gemeinderat in Pfullendorf war, haben wir eine Allschwiler Künstlerin kennen gelernt, Naydu Certa-Torres Collazos. Sie hat uns angeboten, bzw. Christoph hat sie darauf angesprochen, ob sie ihr Objekt bei uns im Lichthof ausstellen möchte. Das haben wir so ausgestellt, Sie können das anschauen. Es ist eine spannende Sache und ich möchte der Künstlerin an dieser Stelle danken, dass sie es uns gratis zur Verfügung gestellt hat. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Das ist prima, danke.

Andreas Bammatter, Präsident: Die nächste Frage ist auch von Bruno Gadola, SP-Fraktion: Umsetzung des Postulats Sicherheit auf Fussgängerstreifen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich darf Ihnen hier gute Informationen geben. Sie haben einen Kredit überwiesen vor zwei Jahren, damit wir die Sicherheit auf den Fussgängerstreifen in Allschwil verbessern können. Die meisten sicherheitsrelevanten Mängel wurden bereits 2013 behoben. Wir sind jetzt dran im laufenden Jahr kleinere Anpassungen vorzunehmen, also die letzten Mängel zu beheben, welche damals in der Expertise beanstandet wurden. Ich kann Ihnen versichern, dass dies bis 2014 abgeschlossen sein wird. Dann berichte ich Ihnen gerne darüber, wo und was umgesetzt wurde in Allschwil. Ich kann heute bereits sagen, ich habe mich selber vor Ort auch darüber informiert, dass es wichtige Eingriffe waren. Es waren nicht immer grosse Eingriffe, aber wichtige Eingriffe, welche die Sicherheit für die Fussgänger verbessert haben.

Andreas Bammatter, Präsident: Die nächste Frage geht auch um die Verkehrssicherheit, SP-Fraktion, Bruno Gadola.

Robert Vogt, Gemeinderat: Hier muss ich auf die vorhergehende Frage zurückkommen. Das Verkehrssicherheitskonzept wurde nicht überwiesen, weil ich damals argumentiert habe, dass wir diese Sicherheit für Fussgänger und Velo überprüfen für den Langsamverkehr. Entsprechende Massnahmen

haben wir jetzt bereits umgesetzt, weitere kommen im laufenden Jahr. Deswegen glaube ich, dass wir diese Frage damit beantworten können. Ich bin sicher, dass wir die schlimmsten Ecken entschärft haben.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Gibt es dazu einen Bericht im Gemeinderat, was hier gegangen ist?

Robert Vogt, Gemeinderat: Nicht zum Verkehrssicherheitskonzept, aber zur Sicherheit der Fussgänger.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Dann habe ich das missverstanden. Ich dachte, es gäbe ein Verkehrssicherheitskonzept. Ein Konzept, welches alles beinhaltet. Das ist nicht der Fall.

Robert Vogt, Gemeinderat: Eigentlich ist die Gemeinde nur für den ruhenden Verkehr zuständig. Weil wir Allschwil sehr gut kennen und unsere Polizei vor Ort präsent ist, sind wir gerne bereit, den Langsamverkehr unter die Lupe zu nehmen. Da haben wir grosse Anstrengungen unternommen. Die Polizei hat dies systematisch aufgenommen und beurteilt. Die entsprechenden Massnahmen wurden vom Tiefbau umgesetzt. Was jetzt den rollenden Verkehr betrifft, wollen wir uns nicht hinauslehnen. Dort gehe ich davon aus, dass in Allschwil nichts erforderlich ist.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Kann ich davon ausgehen, dass das Postulat zum Verkehrssicherheitskonzept nicht erfüllt ist?

Robert Vogt, Gemeinderat: Ja, aber das Verkehrssicherheitskonzept wurde auch nicht überwiesen. Es wurde realisiert für den Langsamverkehr, das möchte ich einschränken, nicht für die Automobilisten.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Frage 10, SP-Fraktion, Bruno Gadola, Markierung von Parkfeldern.

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist zuständig für die Signalisation auf Gemeindestrassen, also auch für Parkfelder. Dort haben wir anerkannte Bundesgesetze, die gelten. Das ist das Strassengesetz und die Signalisationsverordnung des Bundes, und andererseits haben wir die Fachleutenormen, das ist von den schweizerischen Strassenfachleuten. Nach diesen Normen wird geplant und gebaut in der Schweiz, so auch in Allschwil. Sie können davon ausgehen, dass dies sehr hohen Sicherheitsanforderungen entspricht. Deswegen kann man die Fragen 3 und 4 gut beantworten. Bei den Gesetzen, welche die Signalisation von Parkfeldern betreffen, steht die Sicherheit von allen Verkehrsteilnehmern im Vordergrund. Wir gehen davon aus, dass dies immer sehr gut gehandhabt wird. Der einzige Nachteil ist, das werden wir bei der Besprechung der Baslerstrasse erfahren, dank diesen strengen Normen und Bundesgesetz werden auch bei der Erneuerung der Baslerstrasse viele Parkplätze aufgehoben werden, weil die Sicherheit, die Einsehbarkeit oder die sogenannte Sichtweite nicht eingehalten werden können. Das ist die Kehrseite der Medaille. Hohe Sicherheitsanforderungen bei der Markierung von Parkfeldern.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich zweifle an der Sicherheit, welche beispielsweise die Markierungen auslösen am Schützenweg.

Robert Vogt, Gemeinderat: Sie können mir das jederzeit persönlich sagen, dann leite ich das weiter, damit die Polizei das abklärt.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Frage 11, FDP-Fraktion, Kathrin Gürtler.

Robert Vogt, Gemeinderat: Bei der Schneeräumung kann das einfach beantwortet werden. Beim heute geltenden Polizeireglement ist es so, dass bei Schneefall der Anstösser, der Gebäudeeigentümer ist, auch das angrenzende Trottoir auf Allmend freihalten und sichern muss, zum Beispiel bei Glatteis. An der

Baslerstrasse muss das Trottoir von den Grundeigentümern freigehalten werden, auch wenn irgendetwas dazwischen liegt, ein Brunnen oder ein Mäuerchen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Bedeutet das, dass die Anwohner den Fahrweg plus ein Trottoir putzen müssen? Und wann wurden sie auf diese Pflicht aufmerksam gemacht?

Robert Vogt, Gemeinderat: Wir informieren die Anwohner über diese Umstände nicht persönlich. Wir gehen davon aus, weil wir es auch publiziert haben. Das habe ich mit Thomas Pfaff nicht abgesprochen, aber wir können das erneut kommunizieren im Allschwiler Wochenblatt. Ich gehe davon aus, dass dies Allgemeinwissen ist.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte gerne anregen, dass die Anwohner dort speziell von der Gemeinde darauf aufmerksam gemacht werden, weil es eine spezielle unklare Situation ist.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich gebe den Ball zurück. Alle Anwohner sind herzlich eingeladen, welche nicht wissen, wie es dort funktioniert, bei mir nachzufragen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Frage 12, FDP-Fraktion, zur Basellandschaftlichen Pensionskasse.

Nicole Nüssli, Gemeindepräsidentin: Wie Sie alle wissen, hat die Gemeinde Allschwil als eine von 28 Einwohnergemeinden am 08. April 2013 die formulierte Gemeindeinitiative Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse eingereicht beim Kanton. Weitere 18 Gemeinden haben sich durch Gemeindeversammlungsbeschlüsse dieser Initiative angeschlossen. Die Abstimmung über die Gemeindeinitiative wird jetzt, so wurde es festgelegt, am 18. Mai 2014 durchgeführt. Im Hinblick auf die Abstimmung haben verschiedene Gespräche zwischen den Initiativegemeinden und dem Kanton, sprich Toni Lauber, stattgefunden. Es wurde auf Seiten des Kantons ein Gegenvorschlag formuliert. Dieser Gegenvorschlag wurde kürzlich marginal aufgebessert. Ob der Gegenvorschlag so zur Abstimmung gelangt, ist noch nicht klar, weil der Gegenvorschlag als Vorlage in den Landrat kommen muss. Der Inhalt des Gegenvorschlages zum heutigen Stand beinhaltet folgendes: Einerseits beinhaltet er die Möglichkeit eines Poolings. Das heisst, wir haben nicht nur die Möglichkeit, die Ausfinanzierung einmal zu bezahlen mit einem Kredit von der Bank. Es gibt auch die Möglichkeit, dass man sich dem Pooling anschliesst, wo sich alle Gemeinden daran beteiligen können. So soll der Kreditzins tiefer sein, als wenn man selber bei der Bank den Kredit holt. Auf der anderen Seite bedingt das Pooling eine Kreditsicherungsgarantie. Der Kanton verspricht, diese abzugeben. Ein weiterer Punkt ist die Übernahme der Kosten der Musikschullehrer. Der Kanton ist bereit, diese zu übernehmen. Er ist bereit, einen kleinen Anteil zu übernehmen an den Kosten der Primarlehrer, leider nicht die ganzen Kosten. Der Kanton hat dies ein bisschen aufgebessert, indem er sagt, dass er die Ausfinanzierung der Primarlehrer vorschiesst, und dann die Beträge in solidarischer Aufteilung zwischen den Gemeinden wieder einfordert. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dieser Gegenvorschlag nur eine marginale Entlastung für uns bringt. Wir rechnen damit, dass die Ausfinanzierung rund CHF 40'000'000 kosten wird, auf 20 Jahre gerechnet jährlich CHF 2'100'000. Der Gemeinderat geht davon aus, dass der Gegenvorschlag zu wenig ist. Wir hoffen, dass der Landrat – wir haben ja einzelne Mitglieder hier, welche auch im Landrat sind – noch ein Herz für die Gemeinden spricht und den Gegenvorschlag aufbessert. Falls dies nicht der Fall sein sollte, dann hoffe ich, falls es zur Abstimmung kommt, dass sich die Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil klar der Gemeindeinitiative anschliessen und dem zum Durchbruch verhelfen. Das würde für uns eine enorme Entlastung bedeuten.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur 13. Frage, Jérôme Mollat, auch zur Pensionskasse.

Nicole Nüssli, Gemeindepräsidentin: Auch diese Frage beantworte ich gerne, sie ist aber ein bisschen komplizierter und nicht ganz einfach zu verstehen. Vom Kanton kommen fast täglich neue Mitteilungen, wer welche Kompetenz in diesem Bereich definitiv haben soll. Seit der Volksabstimmung im September 2013 ist klar, dass die Basellandschaftliche Pensionskasse ausfinanziert werden muss. Diese Ausfinanzierung kostet für uns, Stand 31.12.2012, rund CHF 40'000'000. Es ist noch nicht ganz klar, wie

viel es am Schluss ausmacht. Ich habe grad heute gehört, dass es noch etwas weniger sein kann, weil sich die Börsenlagen seit dem 31.12.2012 zugunsten der Gemeinden, die ausfinanzieren müssen, positiv verändert hat. Ob es bei diesem Betrag bleibt, hängt aber am Ausgang der Gemeindeinitiative. Diese wurde eingereicht, am 18. Mai 2014 findet diese Volksabstimmung statt. Falls der Gegenvorschlag, wie er heute vorliegt, angenommen wird, und nicht die Gemeindeinitiative, dann bedeutet das folgendes. Wir müssen gemäss dem aktuellen Fahrplan des Kantons bis am 30. Juni 2014 den Antrag stellen für eine allfällige Ausfinanzierung, also ob wir bei dem Pooling mitmachen möchten oder nicht. Die Festlegung der Ausfinanzierung, ob wir mitmachen beim Pooling oder nicht, liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Bis am 30. Juni 2014 muss sich der Gemeinderat entscheiden, welche Finanzierungsvarianten gewählt werden. Hier gilt es genau zu prüfen, ob das Pooling uns etwas bringt, oder ob wir nicht mit eigenen Möglichkeiten zu besseren oder zu gleich guten Konditionen kommen. Eine andere Frage ist der Zeitplan betreffend Vorsorgeplan und ein allfälliger Wechsel in der Pensionskasse. Die Gemeinde Allschwil hat zusammen mit weiteren Gemeinden den Pensionskassenspezialist, Dr. Martin Wechsler, damit beauftragt, Offerten von anderen Pensionskassen und von anderen Sammelstiftungen einzuholen. Voraussichtlich im März 2014 sollen die Offerten vorliegen und ausgewertet werden. Voraussichtlich im Mai 2014 soll über einen Wechsel der Pensionskasse entschieden werden und über die Frage der Besitzstandswahrung. Diese Fragen werden der paritätischen Vorsorgekommission unterbreitet, und diese wird entscheiden. Im September 2014 soll die Vorlage voraussichtlich an den Einwohnerrat erfolgen. Die möglichen Varianten hinsichtlich der Sanierung der Pensionskasse liegen einerseits bei der Finanzierungsart und andererseits bei der vorsorgetechnischen Seite. Wir können uns entscheiden, ob wir die Amortisation direkt bei der BLPK machen, direkt beim Pooling machen oder ein eigenes Darlehen aufnehmen. Auf der anderen Seite liegen die Varianten auch auf der vorsorgetechnischen Seite. Dort stellt sich die Frage, ob wir bei der BLPK bleiben oder einen Wechsel vorsehen. Das andere ist die Frage des Vorsorgeplanes, nämlich ob wir uns dem vom Kanton anschliessen oder eine eigene Lösung haben. Die Finanzierung der Ausfinanzierung hängt sehr stark von der Volksabstimmung Gemeindeinitiative ab, das habe ich bereits gesagt. Wenn diese angenommen wird, dann wird der Gemeinderat entscheiden, ob wir beim Pooling mitmachen oder nicht. Ich bin nicht sicher, ob das richtig ist. Wenn die Gemeindeinitiative angenommen wird, dann müssen wir ja gar nicht ausfinanzieren, das war falsch, Entschuldigung. Die exakte Höhe der Kosten hängt vom Ausgang der Abstimmung der Gemeindeinitiative ab und letztendlich von der effektiven Höhe der Deckungslücke, welche per 31.12.2014 ausfinanziert werden muss, und von den Marktzinssätzen zu dem Zeitpunkt.

Noch ein Wort abschliessend zu den Zuständigkeiten. Die anstehenden Fragen liegen in der Kompetenz des Gemeinderates und in der Kompetenz der paritätischen Vorsorgekommission, sowie letzten Endes in der Kompetenz des Einwohnerrates. Die Personal- und Besoldungskommission ist hier nicht zu begrüssen wie auch die Fireko nicht, höchstens im Rahmen des Budgets. Es gab heute nochmals eine Information, die genauen Kompetenzen sind nach wie vor offen. Das hängt auch vom Ausgang der Gemeindeinitiative ab. Ich hoffe, ich habe nicht zu viele Fragen in den Raum gestellt, sondern mehr Antworten.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Danke für diese sehr ausführlichen Erklärungen.

Andreas Bammatter, Präsident: Die nächste Frage geht um die Einsprachen gegen unser neues Schulhaus von der FDP-Fraktion.

Christoph Morat, Gemeinderat: Geschätzte Kathrin. Ich kann heute Abend leider noch kein Föteli zeigen, wie die neue Fassade aussieht. Wie das ganze Schulhaus wurde das natürlich im Rahmen des Projekts weiter bearbeitet. Was wir der Konsultativkommission präsentiert haben und was auch der Bauausschuss kennengelernt hat, war lediglich ein Platzhalter, weil die Fassade im Rahmen einer genaueren Betrachtung überarbeitet werden musste, der Planer ist noch dran. Das ursprüngliche Vorhaben mit den chromatierten Stahlrohren kann man aus umweltschutztechnischen Gründen nicht durchführen. Dadurch hat das Projekt etwas gewonnen, es wird wieder farbig, das kann ich heute Abend hier klar sagen. Es wird nicht ganz genau gleich aussehen wie das Bild, welches wir vom Wettbewerb kennen. Es wird in einer ähnlichen Form farbig erscheinen. Mittlerweile haben die Planer einen Farbberater beigezogen und haben dort einen grossen Sprung vorwärts gemacht. Es ist noch nicht so, wie wir es gern hätten und wie wir es sicher hier drin präsentieren werden, wenn der Entscheid gefallen ist. Darum möchte ich heute noch von Fötelis absehen, nicht zuletzt auch darum, weil es ein laufendes Verfahren gibt. Roland Naef hat uns freundlicherweise darauf aufmerksam gemacht, dass er eine Einsprache erhoben hat gegen den Bau dieses Schulhauses. Wir sind davon überzeugt, dass das Schulhaus mit dieser Fassade bewilligungsfähig ist. Wir gehen mit dieser Einsprache genau gleich um

wie mit allen anderen. Beim Bauinspektorat muss die Einsprache abgegeben werden, diese sammeln diese und machen einen Zwischenbericht und schicken dies dem Bauwilligen. Dieser muss sich dann mit den Einsprechern zuerst versuchen zu einigen, wir reden von einer sogenannten Einigungsverhandlung. Die Einigungsverhandlung hätte gestern mit Roland stattfinden können, wenn er ortsansässig gewesen wäre. Aus diesem Grund haben wir einen neuen Termin gesucht. Ich bin überzeugt, dass wir einen finden werden und dass wir Roland Antworten auf seine Fragen geben können.

Frage 4: wurden weitere Einsprachen erhoben. Im Moment ist der Zwischenbericht des Bauinspektorats noch nicht da. Wir haben momentan keine weiteren Kenntnisse von weiteren Einsprachen. Ein ausführlicher Bericht des Kantons wird kommen, und da sind wir davon überzeugt, dass wir das eine oder andere nochmals anschauen müssen. Das alles liegt im Rahmen einer normalen Projektbearbeitung. Wie gross ist die zeitliche Verzögerung. Bisher haben wir keine zeitliche Verzögerung, wir liegen nach wie vor gut im Rennen, sportlich, aber immer noch gut. Wenn wir in einer erstinstanzlichen Abweisung der Einsprachen nicht zu einer Einigung kommen würden, mit dem Kanton, Roland oder anderen, dann wären Verzögerungen nicht zu verhindern. Bei einer Baurekurskommission reden wir von zwischen drei und sechs Monaten Verzögerung. Das gibt eine grosse Verzögerung auf den Baubeginn. Wir könnten dann grade noch den Aushub machen, aber das ist nicht lustig, wenn man nicht weiss, wie es weitergeht. Wir sind guten Mutes, dass das Schulhaus bewilligungsfähig ist und bleibt. Es kann dann dramatisch werden, wenn wir keine Einigung finden oder wenn es vor eine Baurekurskommission geht.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich bedanke mich für die ausführliche Antwort.

Andreas Bammatter, Präsident: Die nächste Frage ist auch von Kathrin Gürtler, es geht um das Freiraumkonzept.

Christoph Morat, Gemeinderat: Zum Freiraumkonzept kann ich nur eines sagen. Das ist ein Protokoll von einer Sitzung. Es sind einige Leute hier im Zuschauerraum und Ueli Keller ist in dieser Kommission. Die Kommission ist am Arbeiten. Der verbindliche Termin ist Juni 2014, sicher nicht vorher. Wir sind heute Morgen zusammengesessen und haben aus der Analyse und Beurteilung der Kommission versucht, verschiedene Leitsätze zusammenzustellen. Wir haben gemerkt, dass es kein einfaches Verfahren ist, damit wir dem Einwohnerrat ein vernünftiges Päckli schnüren und abgeben können. Wir benötigen wirklich jede Woche jeden Tag. Dann kommen noch Ferienabwesenheiten dazu. In der Fasnachtswoche kann man normalerweise keine Sitzungen abhalten, 30 Tage später ist dann Ostern, da kann man normalerweise auch keine abhalten. Wir müssen schauen, dass wir da drum herum druppeln können. Mit dieser eingesetzten Kommission werden Sie etwas ganz Tolles erhalten, das kann ich versprechen. Die Mitglieder der Kommission wissen um den Stand, deshalb hat mich die Frage ein bisschen befremdet. Auch die FDP hat jemand in dieser Kommission. Da gab es jetzt allerdings einen Wechsel, neu kommt glaub Herr Münch. Aber er wird Sie sicher auf dem Laufenden halten, was in dieser Kommission weiter geht. Nicht zuletzt deswegen hat der Gemeinderat eine Kommission eingesetzt, damit die Fraktionen informiert werden, es ist umfassend. Ich wünsche dann viel Vergnügen beim Durchlesen der Päckli, die Sie dann erhalten werden.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Antwort.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur letzten Frage von den schriftlichen Fragen. Funktion Dokument vorlesen, von der FDP-Fraktion.

Nicole Nüssli, Gemeindepräsidentin: Ich beantworte diese Frage gerne. Wenn man auf der Homepage ist, dann sieht man, insbesondere bei den Protokollen Einwohnerrat, dass man sich das Dokument vorlesen lassen kann. Dieser Hinweis ist nichts neues, das gibt es schon länger, und zwar weil unsere Website sogenannte barrierefrei sein muss. Dies ist aufgrund des Behindertengleichstellungsgesetzes eine Verpflichtung, wir müssen die Homepage so gestalten, dass sie von Sehbehinderten ohne erschwerende Bedingungen verständlich gemacht werden kann. Neu ist, dass auch verlinkte Dokumente im PDF-Format vorgelesen werden. Das sind die, die einem jetzt auffallen, wenn man schaut, was im letzten Protokoll der Einwohnerratssitzung steht. Darum hat man den Eindruck, dass es neu ist, aber es ist nicht ganz so neu, nur hinsichtlich der verlinkten Dokumente.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Antwort. Ich weiss immer noch nicht genau, was der Nutzen ist, wenn das ganze Dokument buchstabiert wird. Bei mir kommt nur eine Buchstabierung raus.

Andreas Bammatter, Präsident: Gut, wir lassen das so stehen. Jetzt gibt es noch die Möglichkeit für mündliche Kurzfragen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist keine Frage, sondern ein Draufaufmerksam machen. Sie erhalten ein bisschen Sackgeld dafür, dass Sie Gemeinderat sind. Ich darf von einem Gemeinderat erwarten, dass er die Informationen an die Bevölkerung liefert und nicht so eine unanständige Antwort bringt und sagt, dass die Leute zu ihm kommen dürfen. Sie können auch aktiv werden, das ist ein Muss. Kommunizieren Sie dies im AWB. Und es gehört auch eine Kontrolle dazu, schreiben Sie vielleicht gewisse Leute persönlich an und sagen Sie Ihnen, dass sie darauf achten sollen. Anscheinend ist es dort auffällig. Ihre Antwort finde ich gegenüber den Bürgern nicht sehr schön. Mich interessiert, Herr Morat, wie viel teurer die Fassade wird, die kann nicht billiger kommen, die muss teurer kommen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist ein grosser Irrtum, die wird billiger. Es ist ganz einfach, fragen Sie Transportunternehmer, Leistungsverkehrsabgabe. Stahl ist schwerer als Aluminium. Somit rechnen wir damit, dass es einen Minderpreis gibt gegenüber dem Voranschlag.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Indem Fall ist die Mehrarbeit, welche der Architekt jetzt hat um umzuplanen in diesem Betrag mit drin? Ist das eine Pauschale oder kostet das für uns mehr?

Christoph Morat, Gemeinderat: Wenn uns der Architekt einen Vorschlag macht, der nicht umsetzbar ist wegen dem Umweltschutzgesetz, dann ist das ein Risiko des Architekten. Wir gehen davon aus, dass dies für uns kostenlos ist. Der Vertrag mit ihm ist abgeschlossen, Mehrforderungen muss er begründen.

Roland Naef, parteilos: Mich interessiert, wer den Schulzahnarzt in Allschwil auswählt. Ich habe verschiedene Reklamationen gehört, unter anderem ich selber. Man behandelt Jugendliche, welche noch nicht volljährig sind ohne Einwilligung der Eltern. Das Fass hat zum Überlaufen gebracht, dass er letzten Samstagmorgen seine Praxis mit einem deutschen Unternehmer umgebaut hat.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich habe keine Ahnung, wer dies auswählt, ich werde es abklären. Danke für diesen Hinweis.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir haben keine Fragen mehr. Wir werden nun in Anbetracht der Zeit direkt zum Traktandum 5 gehen. Da ich Postulant bin, wird der 1. Vizepräsident das Geschäft führen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 04.12.2013, zum Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 24.03.2009, betreffend Solardächer für Allschwil - jetzt! Geschäft 3848 / A und

Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 21.11.2012, betreffend Geschäft 3848 – Solardächer Allschwil jetzt! Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4105 / A

Jürg Vogt, 1. Vizepräsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Christoph Morat, Gemeinderat: Es ist manchmal nicht so einfach zu sagen, dass wir uns entschuldigen müssen für die lange Dauer, die es gebraucht hat, um Ihnen final einen Bericht vorzulegen. Wir haben es geschafft, am 4. Dezember 2013 hat der Gemeinderat diesen Bericht verabschiedet. Ich möchte noch eine kleine Entschuldigung anbringen, es wurde im Geschäftsbericht immer wieder darauf hingewiesen. Wir haben nicht nichts von uns hören lassen, sondern wir haben im Geschäftsbericht immer wieder erwähnt, dass das Postulat und die Interpellation hängig sind. Es ist müssig zu diskutieren, wie es zu dieser Verspätung kam. Es sind einige Faktoren da, welche zusammengekommen sind, sie sind im Bericht erwähnt. Ich möchte jetzt nicht mehr darauf eingehen. Wichtig ist die Erfolgsmeldung und der Erfolg kann sich sehen lassen.

Was lief in der Vergangenheit. Wir wollten bei der Sanierung beim Dach des Schönenbuchstrasse-Schulhauses, und zwar vom neueren Teil, die ersten Photovoltaikanlagen platzieren, damals von einem Fremunternehmer. Wir haben dann im Gemeinderat beschlossen, dass wir dies zurückstellen, weil wir den Bericht des Energiebüros, die Energiepotentialstudie, abwarten wollten. In der Zwischenzeit kam das Postulat Mollat betreffend thermischer Energie im Schulzentrum Neuallschwil. Dies haben wir Ihnen beantwortet, nachdem wir geprüft haben, ob es sinnvoll ist, Sonnenenergie Warmwasser zu machen. Auf dem Feuerwehrmagazin haben wir die ganze Dachfläche an eine Firma vermietet. Diese betreibt eine Photovoltaikanlage, welche sie selber einspeist und sie profitiert von der Einspeisevergütung. Ich komme zur Energiepotentialstudie. Als wir mit der Firma Energiebüro AG aus Zürich geschaut haben, wo es sinnvoll ist in Allschwil, Photovoltaik auf den eigenen Anlagen zu installieren, haben sich fünf Objekte herauskristallisiert. Das ist das Garderobengebäude und das Restaurant vom FC Allschwil im Brühl, das Freizeithaus am Hegenheimerweg, das Schulhaus Schönenbuch, der neuere Teil mit dem Flachdach, der Kindergarten Schlappenmatte, und der Werkhof, der grosse Unterstand des Materials. Das wären die am besten geeigneten Flächen bezüglich der Grösse und der fehlenden Beschattung von Gebäuden rundherum. Der Gemeinderat hat eine Detailstudie freigegeben für ein Objekt, damit man dies genauer anschauen konnte. Es ging auch darum, dass der Wissenszuwachs bei den Projektleitern stattfinden konnte. Es ist nicht ganz einfach, so eine Detailstudie über ein Dach zu machen und eine Ausschreibung zu machen. Hier konnten wir einiges dazulernen im vergangenen halben Jahr. Gemäss dieser Detailstudie haben zwei Firmen an der Ausschreibung teilgenommen und ein Angebot gemacht. Momentan ist eine Bereinigung dieser Angebote in Arbeit. Wie bereits gesagt, der Gemeinderat hat am 3. Dezember 2013 diesen Bericht an Sie verabschiedet. In der Zwischenzeit darf ich etwas Erfreuliches berichten. Mitglieder der Kommission des Tageskindergartens von der begleitenden Baukommission wissen dies bereits. Wir werden auf dem Dach des Tagis eine Photovoltaikanlage selber erstellen. Der Gemeinderat hat das an seiner letzten Sitzung freigegeben. Das wird kostenneutral sein, weil wir durch Minergie P, was wir dort einführen werden, genügend Beiträge erhalten, um diese Anlage zu finanzieren. Es braucht nicht einmal den von Ihnen und dem Volk genehmigten Baukredit. Wir sind dort eine knappe halbe Million unter dem Budget. Trotzdem haben wir uns entschlossen, dass wir dort eine Photovoltaik installieren. Wir sind gezwungen etwas mit Photovoltaik zu machen wegen der Baubewilligung. Der Unterschied zu einer 100%-Auslastung war nicht mehr allzu gross, so ist es uns einfach gefallen, diesem Anliegen stattzugeben. Wir sparen so rund CHF 6000 Stromkosten pro Jahr für dieses recht imposante Gebäude, Ecke Spitzwaldstrasse/Langenhagweg. Sie sehen, wir machen nicht nichts und wir sind unterwegs mit erneuerbaren Energien. Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Gemeinderat das Postulat abzuschreiben und die Interpellation als beantwortet und erledigt abzuschreiben.

Jürg Vogt, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat, ich finde es toll, dass man diese Zeitachse erkannt hat, welche ich in der Interpellation beanstandet habe. Es ist toll, dass der Gemeinderat dran bleiben möchte und Allschwil auch dort zu einem Vorbild macht. Wir haben den Bauer Werner, der für 100'000 Kilowatt ein Dach privat gemacht hat. Das sind immerhin 10 bis 15 Haushalte. Wenn der Gemeinderat selber dies auf seinen Gebäuden macht, dann ist das nicht nur gut, sondern auch recht. Ich bitte abschliessend darum, dass Verzögerungen in Zukunft bei den Geschäften möglichst vermieden werden. Ich bedanke mich und freue mich, dass wir dran bleiben.

Jürg Vogt, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates.

1. Das Postulat Nr. 3848 wird gemäss Punkt 4.1 beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Die Interpellation Nr. 4105 wird gemäss Punkt 4.2 beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir sind zeitlich dort, wo wir hin wollten. Ich stelle nochmals fest, dass wir die Traktanden Baslerstrasse definitiv am 18. Februar, also einen Tag vor der ordentlichen Sitzung, behandeln, ausser der Gemeinderat hat ganz wenig Traktanden für am 19. Februar. Das wissen wir bald und würden es auch bald kommunizieren. Wir bleiben jetzt vorerst beim 18. Februar und machen dort eine Baslerstrassesitzung. Es hat jetzt viele Geschäfte und wir müssen im Büro schauen, wie der Verlauf ist.

Somit schliessen wir die Sitzung, weil wir heute einen speziellen Abend haben.

ENDE